Sigmar Gabriel - Genosse der Rüstungsindustrie und Wasserträger einer Waffenexportkanzlerin ?

Deutschland ist seit Jahren nach den Erhebungen des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes – SIPRI - unangefochten auf dem dritten Platz der Weltrangliste der rüstungsexportierenden Nationen. Deutschland liegt nur hinter den USA und Russland und ist somit Europameister. Eine zutiefst beschämende Tatsache besonders vor dem Hintergrund, dass sich bisher alle bundesdeutschen Regierungen - gleich welcher Koalition - eine restriktive Rüstungsexportpolitik auf ihre Fahnen geschrieben haben. Dabei sind seit Jahren in Umfragen über dreiviertel aller Befragten in Deutschland gegen Rüstungsexporte. Nach einer Umfrage der Körber Stiftung vom April 2014 sind nur 13% für Rüstungsexporte.

Rüstungsexporte, das sind nicht nur Panzer, Kriegsschiffe, Flugzeuge, Gewehre, Pistolen, Torpedos, sondern auch ganze Munitionsfabriken sowie Komponenten zur Herstellung von Waffen. Schiffsmotoren für Kriegsschiffe hingegen gelten als zivile Güter, die nicht genehmigungspflichtig sind - nach den Listen des Kriegswaffenkontrollgesetzes-KWKG und des Außenwirtschaftsgesetzes- AWG Exportgenehmigungen erteilt die Bundesregierung. Oberstes Entscheidungsgremium ist der Bundessicherheitsrat (BSR), ein Ausschuss auf Ministerebene unter dem Vorsitz der Kanzlerin und ohne parlamentarische Kontrolle, also ein Geheimausschuss, unwürdig demokratischer Gesellschaften. Weder die Sitzungsdaten, noch die Protokolle, noch die Geschäftsordnung sind öffentlich zugänglich, somit, prädestiniert für Nachfragen durch die Oppositionsparteien im Parlament,

zumal Rüstungsbeschaffung und somit auch Rüstungsexportgenehmigungen als Bestandteil der nationalen Souveränität eingestuft werden, auch nach den aktuell geltenden Lissaboner EU-Verträgen. Rüstungsexporte sind eines der wenigen Politikbereiche, in denen die Regierungen Außen-, Wirtschafts-- und Verteidigungspolitik national gestalten können und dies, ohne die Öffentlichkeit in die Karten gucken zu lassen.

Das Bekanntwerden von Details bewerten die Rüstungsproduzenten als geschäftsschädigend. Rechtlich wird das durch ein Gesetz zur Wahrung des Betriebsgeheimnisses abgedeckt, das die Unternehmen vor der Öffentlichkeit schützten und zugleich das Recht der Öffentlichkeit auf Information aushebelt.

Da ist es nur logisch, dass der Rüstungsbereich im Informationsfreiheitsgesetz ausgeklammert wurde.

Federführend für die Rüstungsexporte ist das Wirtschaftsministerium, also aktuell Sigmar Gabriel. Dumm nur, dass er in der letzten Legislaturperiode in der Opposition saß und im Wahlkampf mehr Transparenz und eine restriktivere Rüstungsexportpolitik versprochen hat. Nun hat er ein Problem. Einerseits hat die schwarz-gelbe Vorgängerregierung mit dem liberalen Wirtschaftsminister Rössler und Außenminister Westerwelle eine marktoffenere Politik gefördert und Angela Merkel hat dazu faktisch eine Doktrin zur „Ertüchtigung von Partnern mit Rüstungslieferungen“ umgesetzt. Nie wurden vorher Panzer außerhalb von

NATO und EU in sog. Drittstaaten genehmigt. Kriegswaffenlieferungen in sogenannte Spannungsgebiete waren ein Tabu.

Aber schon Franz-Josef Strauß propagierte einst, doch Rüstung dahin zu liefern, wo sie gebraucht wird. Diese Haltung taucht nunmehr wieder in CDU/CSU-Kreisen auf. So kürzlich in der Bundestagsdebatte um Rüstungsexporte als der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU Joachim Pfeiffer die Rüstungsexporte verteidigte: „ Rüstungsexporte sind ein legitimes, sinnvolles und notwendiges Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik“ (Weserkurier vom 23.05.14).

Die beiden christlichen Kirchen fordern von der schwarz-roten Regierungskoalition eine Wende in der Rüstungsexportpolitik und die Kampagne gegen Rüstungsexporte fordert eine strikte Rücknahme der Exportgenehmigungen der letzten Bundesregierung. Doch Regierungssprecher Steffen Seibert verneinte Mitte Juni vor der Presse ausdrücklich, dass die Bundesregierung einen restriktiveren Kurs fahren wird „Von einer Kehrtwende kann keine Rede sein“.

So wurden im vergangenen Jahr zwar Rüstungsexportanträge in Höhe 10 Millionen € abgelehnt, aber gleichzeitig für 5.800 Millionen € Rüstungsgüter genehmigt. Sigmar Gabriel sitzt zwischen allen Stühlen und ist zugleich der Verantwortliche für die Waffenexporte. Wirtschaftsminister Gabriel muss dringend etwas tun, um seine Glaubwürdigkeit und die seiner Partei nicht gänzlich ad absurdum zu führen. Und so schiebt er erst einmal die aktuell bekanntgegebenen Rüstungsexportgenehmigungen in den Verantwortungsbereich der vorhergehenden Bundesregierung. Wie praktisch. Rüstungsexporte zu verringern doch nur ein billiges Wahlversprechen?

Am 11. Juni hat das Bundeskabinett den ersten Rüstungsexportbericht der Großen Koalition veröffentlicht. Der Bericht enthält die Rüstungsexportgenehmigungen für das Jahr 2013. Vor allem finden sich dort Genehmigungen von einem Rekordhoch von 60%. in skandalöse Drittländer, wie z.B. nach Saudi-Arabien.

Das Argument der Nicht-Zuständigkeit von Gabriel stimmt nur sehr bedingt. Es bleibt im Dunkeln, ob es sich dabei tatsächlich noch um Genehmigungen der Vorgängerregierung handelt, oder ob wie vermutet werden kann zumindest Voranfragen der exportinteressierten Unternehmen dabei sind, die nicht bindend sein sollen.. Aber auch tatsächliche Genehmigungen können widerrufen werden, auch wenn gleich das Damoklesschwert von Entschädigungen hervor gezaubert wird. Es ist kaum vorstellbar, dass ein Unternehmen wie z.B. Rheinmetal Defence versucht, öffentlich problematische Waffenexporte einzuklagen.

Abgesehen davon scheint es, als habe manche Bundesregierung kurz vor den Wahlen schnell noch Genehmigungen ausgesprochen, die dann der Nachfolgeregierung politisch auf die Füße fallen. Eine Klage würde vielleicht mehr Licht ins Dunkel der Entscheidungen bringen, aber da sitzen Regierungen und Unternehmen gerne weiter im Dunkeln und ziehen an einem

Strang. Bleibt das aktuelle Verfahren gegen Heckler & Koch wegen G 36 Lieferungen nach Mexiko abzuwarten, das sicherlich sehr aufschlussreiche Aspekte von Regierungshandeln offenbaren wird.

Laut einer Anfrage der Linken erteilte Minister Gabriel aber auch selbst in den ersten vier Monaten 2014 Exportgenehmigungen in Drittstaaten in Höhe von 650 Millionen Euro, was 20 Prozent mehr sind als im Vorjahr, eindeutig keine restriktive Rüstungsexportpolitik.

Und was ist mit der in Oppositionszeiten versprochenen Transparenz? Der Bundessicherheitsrat hat eine geheime Geschäftsordnung, Warum dürfen wir sie weiterhin nicht erfahren? Warum wurde sie nicht zugunsten einer wirklichen Transparenz geändert? Gabriels SPD- Kollegien, die ehemalige Bundesministerin Heidi Wieczorek-Zeul, forderte in einer Bundestagsdebatte in der letzten Legislaturperiode Kanzlerin Merkel auf, sie von dem Geheimhaltungsversprechen bezüglich des Bundessicherheitsrates zu entbinden. Warum hat keiner dies für die GroKo eingefordert? Nur die Genehmigungsentscheidungen im BSR werden jetzt dem Wirtschaftsausschuss mitgeteilt. Ein kleiner Fortschritt, ja, aber welche Genehmigungen hat der BSR vorher erteilt? Im Mai z.B. hat er laut Presseberichten bereits getagt. Warum werden keine Ablehnungen bekannt gegeben? Warum sind nur 6 Einzelgenehmigungen von durchschnittlich jährlichen 17.000 Einzelgenehmigungen dem Bundessicherheitsrat vorgelegt worden? Warum erfahren wir nicht den Preis für die einzelnen Genehmigungen im Bundessicherheitsrat, z.B. für die 225 Zielfernrohre für Gewehre nach Saudi-Arabien? Wer erhält sie genau, für welche Gewehre? Die hinter den Entscheidungen stehende Rüstungsexportpolitik wird weiterhin der Öffentlichkeit vorenthalten. Die Zahlen kommen früher, aber ob es eine Diskussion und Veränderung der Merkelschen „Ertüchtigung von Verbündeten“ durch Waffenexporte gibt, erfahren wir nicht.

Ist das die restriktive Exportpolitik und Transparenz, die aus der Opposition heraus der Öffentlichkeit versprochen wurde? Es muss eine Wende geben.

Im Vorwort zum neusten Rüstungsexportbericht der Bundesregierung schreibt Sigmar Gabriel, Rüstungsexporte seien keine Wirtschaftspolitik, sondern fielen unter Sicherheitspolitik. Und was bedeutet das? Wird der Bereich der Rüstungsexporte vom Wirtschaftsministerium ins Auswärtige Amt abgegeben? Ist das nur Rhetorik zur Ablenkung? Oder ist das Kanzleramt heute schon entscheidend?

Ein einziger Testpanzer an den NATO-Partner Türkei hat 1998 in der damaligen rot-grünen Bundesregierung eine Koalitionskrise ausgelöst - und heute nichts dergleichen? Welche Absprachen werden der Öffentlichkeit verschwiegen?

Sichtbare nachvollziehbare Rüstungsexportentscheidungen sind das Gebot der Stunde! Keine Rüstungsexporte würden dem Standort Deutschland besser anstehen, als Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete, deren Opfer gezwungen werden, ihr Land zu verlassen!

Andrea Kolling Vorsitzende der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung

P.S. Wir schreiben erstmals 2015 einen Preis aus, um zur öffentlichen Auseinandersetzung mit den Themen Rüstungsproduktion und Konversion zu ermutigen.